

Ltd. KVD Allroggen informierte über den aktuellen Stand. Die Stadt Siegburg habe vor wenigen Tagen die Genehmigung zur Errichtung eines eigenen Jugendamtes erhalten und werde dies zum 01.07.2004 umsetzen. Das Kreisjugendamt werde zum Ende des Monats Juni alle Akten/Arbeiten, die den Zuständigkeitsbereich der Stadt Siegburg betreffen, übergeben und dabei eilbedürftige Vorgänge besonders kennzeichnen.

Der Stadt Meckenheim liege nach entsprechender Antragstellung die Genehmigung des Landes noch nicht vor.

Die Stadt Bornheim habe ebenfalls die Genehmigung beantragt. Hier gebe es noch Klärungsbedarf zwischen der Stadt und dem Kreis, bevor der Landrat seine Stellungnahme abgeben könne.

Die Stadt Königswinter habe die Entscheidung auf Errichtung eines eigenen Jugendamtes aufgeschoben und beobachte zunächst die weitere Haushaltsentwicklung. Das Kreisjugendamt sei nach wie vor beratend aktiv.

In Bad Honnef arbeite die Verwaltung noch am Prüfauftrag des Rates. In den nächsten Wochen werden weitere Gespräche zwischen Bürgermeister/Ausschuss und dem Kreisjugendamt stattfinden.

Die Stadt Rheinbach habe überfraktionell entschieden, im Verbund des Kreisjugendamtes zu verbleiben, weil sie dort Qualität und Wirtschaftlichkeit der Arbeit des Kreisjugendamtes gewährleistet sehe. Über eine entsprechende Absichtserklärung mit dem Kreis zur Schaffung von Planungssicherheit für die nächsten Jahre werde verhandelt.

KVD'in Schrödl wies darauf hin, dass die Streetworkerin des SKM aufgrund des Beschlusses des Ausschusses in der Stadt Meckenheim eingesetzt sei. Zum 01.01.2005 entfalle mit der geplanten Errichtung des eigenen Stadtjugendamtes die Zuständigkeit des Kreisjugendamt für Meckenheim. Sie halte es für notwendig, die bisher konzipierte und geleistete Arbeit des SKM zu evaluieren und die jetzige Anbindung zu überprüfen. Ein Vergleich mit dem von der Stadt Bornheim aufgebauten Streetworking sei sinnvoll und könne für eigene Entscheidungen nützlich sein.

Nach Wortbeiträgen der Abg. Hauser und Donie erging auf Vorschlag des Vorsitzenden einvernehmlich der Arbeitsauftrag an die Verwaltung, für die nächste JHA-Sitzung eine entsprechende Vorlage zu erstellen. Bei Haushaltsrelevanz werde das Thema Streetwork im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005 aufgenommen.